

# AGF Europa News

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2015

### Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen.....</b>	<b>2</b>
EU-Kommission: Roadmap für Mutterschutz-Richtlinie vorgestellt.....	2
EU-Kommission: Bewertung der sozialen Auswirkungen des Hilfeprogramms für Griechenland vorgelegt.....	2
EU-Institutionen in der Sommerpause.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Slowenien: Landesweiter Schuldenerlass .....	3
Österreich: Petition "Ehe gleich" ans Parlament übergeben .....	3
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>3</b>
Amnesty International setzt sich für Legalisierung von Prostitution ein .....	3
Neue Deadline für Bewerbungen um den "2015 Civil Society Prize!" .....	4
<b>Berichte und Studien.....</b>	<b>4</b>
FRA: Daten über nationale Kinderschutzsysteme in 28 EU-Mitgliedstaaten online.....	4
Eurostat: Jugendarbeitslosigkeit in der EU dramatisch hoch.....	4
Families and Societies: Vier neue Working Paper veröffentlicht .....	5
FRA-Studie: Grundrechte an den Landgrenzen - Ergebnisse von ausgewählten EU Grenzübergangsstellen .....	5
Europäisches Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN): Neue Flash-Reports erschienen .....	5
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>5</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen



### EU-Kommission: Roadmap für Mutterschutz-Richtlinie vorgestellt

Die Europäische Kommission hat am 3. August einen Fahrplan für bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf veröffentlicht. Dieser ebnet auch den Weg zu einem neuen Ansatz für eine neue Mutterschutzrichtlinie. Der ursprüngliche Entwurf für eine neue Richtlinie war von der Kommission vor einem Monat zurückgezogen worden, nachdem sie seit 2008 im Gesetzgebungsverfahren blockiert war ([AGF Europa-News Juli 2015](#)). Mit der neuen Initiative will die Kommission den Mutterschutz verbessern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern und die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen.

- [Roadmap der Kommission: New start to address the challenges of work-life balance faced by working families](#)  

### EU-Kommission: Bewertung der sozialen Auswirkungen des Hilfeprogramms für Griechenland vorgelegt

Die Europäische Kommission hat am 20. August mit Griechenland das Memorandum of Understanding (MoU) über ein neues Stabilitätshilfeprogramm unterzeichnet. Entsprechend den von Präsident Jean-Claude Juncker formulierten Politischen Leitlinien hat die Kommission in ihrer Eigenschaft als Verhandlungspartnerin bei dem neuen Programm besonderes Gewicht auf den Aspekt der sozialen Fairness gelegt. Ziel war es, für eine gleichmäßige Verteilung der Anpassungslasten zu sorgen und die schwächsten Glieder der Gesellschaft zu schützen. Die Kommission hat daher eine Bewertung der sozialen Auswirkungen des Programms erarbeitet. Bei ihrer Analyse gelangte sie zu dem Schluss, dass die im Programm vorgesehenen Maßnahmen bei einer vollständigen und rechtzeitigen Umsetzung Griechenland dabei helfen würden, auf finanziell tragfähige und sozialverträgliche Weise zu Stabilität und Wachstum zurückzukehren. Ebenso würden sie dazu beitragen, den dringendsten sozialen Bedürfnissen und Herausforderungen in Griechenland gerecht zu werden.

- [Commission Working Document: Bewertung der sozialen Auswirkung des Stabilitätshilfeprogramms](#)  

### EU-Institutionen in der Sommerpause

Die Institutionen der Europäischen Union befinden sich im August in der Sommerpause.

Das Europäische Parlament hat vom 27. Juli bis zum 28. August 2015 Sommerpause. Die ersten Ausschusssitzungen finden in der Woche vom 31. August 2015 statt. Das Plenum tagt wieder vom 7. bis 10. Oktober 2015. Auf der Tagesordnung stehen dann unter anderem die Wissenschafts- und Universitätslaufbahn von Frauen, die Stärkung der Stellung von Mädchen in der EU durch Bildung sowie die Förderung des Unternehmergeists junger Menschen durch Bildung und Ausbildung.

Die Europäische Kommission trifft sich am 2. und 3. September 2015 zu einer Klausurtagung. In der Zeit vom 3. August bis zum 11. September pausiert auch der Ausschuss der Regionen.

Der Europäische Gerichtshof befindet sich bis zum 31. August 2015 in den Gerichtsferien. Neue Urteile und Entscheidungen sind für ab dem 2. September 2015 angekündigt, unter anderem zu Altersdiskriminierung bei Richtern des Landes Berlin und mit Schlussanträgen zur Klage der Europäischen Kommission gegen Großbritannien. Hier geht es um die Frage, ob die Regelung Großbritanniens hinsichtlich des Kindergeldes für

Aufenthaltsberechtigte gegen die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 verstößt. In Großbritannien wird das Kindergeld nur dann für Aufenthaltsberechtigte bewilligt, wenn die Personen, die Kindergeld und einen Kinderfreibetrag beantragen, auch ein Aufenthaltsrecht im Vereinigten Königreich haben. Sie gelten sonst nicht als ansässig. (Rechtssache C-308/14; 2014/C 329/03)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Slowenien: Landesweiter Schuldenerlass

Arme und verschuldete Personen in Slowenien können in den kommenden drei Monaten einen Antrag auf einmaligen Schuldenerlass für nicht bezahlte Rechnungen wie Strom, Gas oder Steuern stellen. Das ist nach dem Ende Juli 2015 verabschiedeten Gesetz möglich, das rund 100.000 Privatpersonen zugute kommen soll. So werden beispielsweise in Ljubljana Kindergärten und Schulen, die der Stadtgemeinde Ljubljana gehören, Unternehmen der Öffentlichen Holding Ljubljana und des Öffentlichen Wohnungsfonds, armen Personen unter bestimmten Voraussetzungen die Schulden erlassen. Die Berechtigten können für den Schuldenerlass einen Antrag stellen, der im Internet oder bei verschiedenen Sozialämtern, sowie bei der Caritas und dem Roten Kreuz zu finden ist.

### Österreich: Petition "Ehe gleich" ans Parlament übergeben

Nach dem Votum der irischen Bevölkerung zur Öffnung der zivilen Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare, wurde, so wie in Deutschland und in der Schweiz, auch in Österreich eine Volksinitiative für die Ehegleichberechtigung gestartet. Die Bürgerinitiative "Ehe gleich" fordert in einer öffentlichen Petition eine Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare. Die Petition wurde am 5. August 2015 an die Parlamentsdirektion übergeben. Fast 15.000 Unterschriften wurden bereits vorab gesammelt. Politische Unterstützung für das Vorhaben kommt insbesondere von der SPÖ, den Grünen und Neos. Ab Mitte August kann die Petition online unterstützt werden.

Bürger/innen in Österreich können dem Anliegen einer im Nationalrat rechtsgültig eingebrachten Petition elektronisch zustimmen. Dies dient der Abbildung der politischen Interessenlage und hat für die Beratungen im Nationalrat informativen Charakter.

## Weitere Nachrichten

---

### Amnesty International setzt sich für Legalisierung von Prostitution ein

Um Prostituierte wirksam schützen zu können, will sich Amnesty International für die Legalisierung von Prostitution einsetzen. Das beschloss die Organisation am 11. August. Die Menschenrechtsorganisation will sich künftig für die weltweite Entkriminalisierung bei einvernehmlichem Sex zwischen Erwachsenen einsetzen. Eine entsprechende Resolution verabschiedeten Teilnehmer/innen aus aller Welt beim International Council Meeting (ICM) in Dublin. Das Treffen ist eine Art Hauptversammlung der internationalen Bewegung von Amnesty, bei dem die Organisation die Grundlinien ihrer Menschenrechtspolitik festlegt.

- [Der Beschluss kann hier nachgelesen werden](#) 

## Neue Deadline für Bewerbungen um den “2015 Civil Society Prize!”

Wer sich für den Civil Society Prize bewerben möchte, kann dies noch bis zum 10. September tun – die Deadline für das Einreichen der Bewerbung wurde verlängert. Thema der diesjährigen Preisvergabe ist “Combating poverty in Europe”. Bewerben können sich europäische Zivilorganisationen, die offiziell innerhalb der EU registriert und auf europäischer, nationaler oder lokaler Ebene tätig sind. Darüber hinaus können sich auch Einzelpersonen bewerben.

Die Preisträger (bis zu 5) werden mit einem Preisgeld von insgesamt 50.000 Euro ausgezeichnet.

- [Weitere Informationen zu Kriterien und Vergabe auf der Website des EESC](#) 

## Berichte und Studien

---

### FRA: Daten über nationale Kinderschutzsysteme in 28 EU-Mitgliedstaaten online

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat zu nationalen Kinderschutzsystemen der 28 EU-Mitgliedstaaten Daten erfasst und dargestellt, um verständlich zu machen, wie die Systeme funktionieren, und um gemeinsame Herausforderungen und vielversprechende Praktiken in allen Mitgliedstaaten zu ermitteln. Seit Mitte August sind diese Daten nun auch in deutscher und französischer Sprache abrufbar. Die Daten erstrecken sich auf die wesentlichen Bestandteile nationaler Kinderschutzsysteme und enthalten auch Informationen über nationale Rechtsvorschriften und politische Maßnahmen sowie die Strukturen, Akteure, Ressourcen, Funktionen und die Überwachung der Kinderschutzsysteme. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse für jeden Bereich liegt ebenfalls vor.

- [Kinderschutzsysteme der EU im Überblick](#)

### Eurostat: Jugendarbeitslosigkeit in der EU dramatisch hoch

Laut der Statistikbehörde Eurostat sind derzeit mehr als 4,7 Millionen Jugendliche in der Europäischen Union arbeitslos. In Spanien ist jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Seit dem Start eines Milliardenprogramms zur Bekämpfung sank die Quote um rund 6 Punkte auf 49,2%. In Portugal ging die Jugendarbeitslosenquote seit der Umsetzung des EU-Programms „Jugendgarantie“ von 35 auf 29,8% zurück. Das heißt: fast jeder Dritte junge Portugiese ist derzeit arbeitslos. In Italien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 44,2%. Die italienische Regierung hat kaum spezielle Programme für Jugendliche aufgelegt, beteiligt sich jedoch an der „Jugendgarantie“. In Frankreich ist fast jeder vierte Jugendliche ohne Job. An diese 560.000 Jugendlichen unter 25 Jahren richten sich spezielle Qualifizierungs- und Förderprogramme der Regierung. In Griechenland gibt es keine speziellen Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, obwohl jeder Zweite unter 25 Jahren arbeitslos ist.

In Deutschland waren im Jahr 2014 rund 330 000 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich des Internationalen Tags der Jugend am 11. August 2015 mit. Damit lag die Erwerbslosenquote von jungen Menschen bei 7,7 %.

- [Die Arbeitsmarktstatistik im europäischen Vergleich](#) 
- [Pressemitteilung Destatis: Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU](#)

## Families and Societies: Vier neue Working Paper veröffentlicht

Welche Implikationen für den Bildungserfolg hat es, wenn Kinder nicht in eine Kindertagesbetreuung gehen? Dieser Frage geht eine Studie aus Finnland nach und hinterfragt das dortige System der finanziellen Bezuschussung für Kinder, die nicht in einer öffentlichen Einrichtung betreut werden. Forscher aus Italien untersuchen hingegen Einflüsse von früher Kinderbetreuung, mütterlichem Bildungsstand und Familienherkunft und die damit zusammenhängenden Unterschiede in kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten bis hin zum Bildungserfolg der Kinder. Zwei weitere Studien beschäftigen sich mit der Fertilität von Migranten, einmal auf europäischer Ebene und zum anderen in landesspezifischen Zusammenhängen.

- [Die Working Paper sind einzeln hier abrufbar](#) 

## FRA-Studie: Grundrechte an den Landgrenzen - Ergebnisse von ausgewählten EU Grenzübergangsstellen

Der Situation an Grenzübergangsstellen der Landgrenzen zur Einreise in die EU wird weniger Aufmerksamkeit gewidmet als der Lage an Europas südlichen Seegrenzen, wo das Leben von Migranten und Migrantinnen gefährdet ist. An den Landgrenzen werden die Grenzübertrittskontrollen von Drittstaatsangehörigen im Allgemeinen routinemäßig durchgeführt und verlaufen ohne Zwischenfälle. Die Forschungsarbeiten der Grundrechteagentur FRA zeigen jedoch, dass es auch hier eine Reihe von Herausforderungen gibt, die die Grundrechte von Reisenden beeinträchtigen. Diese reichen von respektloser Behandlung bis hin zur Nichterkennung von Personen, die Schutz benötigen.

- [Die Studie kann hier heruntergeladen werden.](#)

## Europäisches Netzwerk für Sozialpolitik (ESPN): Neue Flash-Reports erschienen

Das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik hat vier neue Flash Reports veröffentlicht. Ein Kurzbericht liefert Informationen und Einschätzungen zum ersten landesweit gültigen Mindestlohn in Deutschland. Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit der Ausweitung der Zuzahlungsbefreiung im Gesundheitswesen auf Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren in Portugal. Die Schaffung eines Nationalen Programms zur Bekämpfung von Problemen im Zusammenhang mit Infektionskrankheiten in der Schweiz ist Gegenstand eines weiteren Kurzberichts, ebenso wie der jährliche Kostenzuschuss für Niedrigverdiener in Estland.

- [Die Einzelberichte können hier abgerufen werden](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
03. bis 06. Sept. 2015 Göteborg, Schweden	<a href="#">"Carers Sweden and Carers UK: „6th International Carers Conference – Care and caring: future proofing the new demographics“</a>	Swedish Family Care Competence Centre
06. bis 09. Sept. Belfast, Irland	„European Conference on Domestic Violence“ (Europäische Konferenz zu häuslicher Gewalt)	Agentur der EU für Grundrechte
10. Sept. 2015 Thessaloniki, Griechenland	<a href="#">„The implementation of the UN CRPD by the EU: Assessing the impact of the UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities‘ concluding observations – The way forward“</a>	European Economic and Social Committee (EESC)

15. bis-16 Sept. Berlin	<a href="#">"Workshop on Measuring Inequalities of Income and Wealth"</a>	Bertelsmann-Stiftung
16. bis 17. Sept. Frankfurt am Main	<a href="#">„Flüchtlinge – auch eine familienpolitische Herausforderung!“</a>	eaf
23. Sept. 2015 Berlin	<a href="#">„Frühkindliche Bildung: (K)ein Thema für die Entwicklungszusammenarbeit?“</a>	Kindernothilfe
23 Sept. 2015 Brüssel, Belgien	Roundtable <a href="#">"Two-generation Early Childhood Education and Care programmes"</a>	COFACE / Eurofound
6 Nov. 2015 Sofia, Bulgarien	European Conference: <a href="#">"Families beyond borders - What is the impact of migration on families?"</a>	COFACE
9. Okt. 2015 Brüssel, Belgien	Conference <a href="#">"Can the Semester deliver on Poverty &amp; Participation?"</a>	EAPN

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).